

# LANDTAG INTERN

NORDRHEIN



WESTFALEN

Jahrgang 2 / 7. Wahlperiode

Nr. 20 / 2. 9. 1971

## Gefährden Straßenbäume die Verkehrssicherheit?

### WORT UND WIDERWORT

*Müssen an Bundesstraßen und vielbefahrenen Landstraßen aus Gründen der Verkehrssicherheit unsere Straßenbäume, die für gesunde Luft unentbehrlich sind, zumal sie vor allem die Autoabgase absorbieren, gefällt werden? Allerdings besteht die Forderung: Für jeden gefälltten Straßenbaum sind 10 neue zu pflanzen! So hat z. B. der Landschaftsverband Westfalen-Lippe allein von Oktober 1970 bis Mai 1971 fast 4 Millionen Bäume und Sträucher an Straßen angepflanzt. Nun hat eine seit 13 Jahren vom ADAC in Bayern erstellte Statistik gezeigt, daß Baumunfälle sogar noch gefährlicher und folgenschwerer sind als Frontalzusammenstöße zwischen zwei Kraftfahrzeugen. Deshalb sind jetzt in Bayern 10 000 „Todesbäume“ gefällt worden. Inzwischen erließ auch Baden-Württemberg eine Straßenbaum-Verfügung. Das Saarland und Hessen haben sich dieser Baumaktion stillschweigend angeschlossen. In Nordrhein-Westfalen sind noch Untersuchungen im Gange. Hierzu meinen die Fraktionen:*

#### CDU: Untersuchungen beschleunigen

Die Ansicht, daß Straßenbäume, die nachweisbar den Verkehr gefährden, weil sie etwa schon Unfallspuren aufweisen, beseitigt werden müssen, setzt sich erfreulicherweise mehr und mehr durch — selbst bei Naturschützern. Das war nicht immer so. Davon weiß der ADAC in seinem jahrelangen Kampf gegen die „Todesbäume“ zu berichten.

Eine in Hannover erstellte Statistik über 80 000 Verkehrsunfälle mit Personenschaden hat ergeben:

Bei jeweils 1000 Unfällen mit Personenschaden wurden 66 Menschen getötet; auf 1000 „Unfälle am Baum“ kamen hingegen mit 125 doppelt so viele Tote. Eine erschreckende Bilanz, die durch weitere Statistiken belegt werden könnte. Einige Bundesländer — an ihrer Spitze Bayern — haben daraus bereits Konsequenzen gezogen. Durch „Baumschauen“ werden in allen Landkreisen die Bäume zum Abholzen ausgesucht, die den Verkehr besonders gefährden oder durch Verkehrsunfälle bereits gezeichnet sind.

Mit Bedauern stellt die CDU-Landtagsfraktion fest, daß in Nordrhein-Westfalen Untersuchungen über verkehrsgefährdende Bäume erst „im Gange“ sind. Die CDU erwartet von der Landesregierung, daß sie die schleppenden Untersuchungen beschleunigt und so schnell wie möglich zum Abschluß bringt.

Mit Aktionen, mehr Herz auf der Straße zu zeigen, ist es allein nicht getan — so sehr diese Appelle an die Verkehrsteilnehmer auch zu begrüßen und not-

wendig sind. Durch gezielte Maßnahmen gegen den „Unfall am Baum“ könnte die Landesregierung jedoch von sich aus einen entscheidenden Beitrag zur Verkehrssicherheit auf der Straße leisten.

Voraussetzung für ein schnelles Handeln ist der dringend gebotene beschleunigte Abschluß der Untersuchungen.

#### SPD: Abstand halten

Der SPD-Abgeordnete Hans-Georg Vitt schreibt:

Straßenbäume haben sicher nützliche

### Der Landtag diese Woche

Porträt . . . . .	2
Ausschußberichte . . . . .	3, 4, 5, 6, 7
Terminvorschau . . . . .	7
Aus dem Hause . . . . .	8
Aus den Fraktionen . . . . .	9
Eingänge . . . . .	10, 11, 12
Länderchronik . . . . .	13
Funk und Fernsehen . . . . .	13
Zur Person . . . . .	14
Gästebuch . . . . .	15
Schwanenspiegelein . . . . .	16

Funktionen: sie schützen die Anwohner vor Schmutz und Lärm, sie verbessern die Luft, sie sind angenehm fürs Auge. Aber sie sind auch, darüber sind sich die Fachleute einig, häufig gefährliche Todesfallen für Autofahrer. Deshalb kann die vernünftige Kompromißformel nur lauten: Bäume ja, aber in angemessenem Abstand von den Fahrbahnrändern.

Was angemessen ist, darüber enthalten die Richtlinien für die Anlegung von Landstraßen (RAL-Q 1956) genaue Angaben: Bäume sollen mindestens 4,50 Meter von der Fahrbahnkante entfernt



Wo Bäume am Straßenrand die Verkehrssicherheit gefährden, geht Menschenleben vor Baumgrün, fordern Experten. Foto: Tüßelmann

stehen; wenn die Straße seitlich Böschungen hat, genügen drei Meter vom Rand der Böschung.

Auch in Nordrhein-Westfalen sind in den letzten Jahren zahlreiche gefährliche Straßenbäume gefällt worden, wobei sich nicht selten bei den Naturschützern Stürme der Entrüstung erhoben. Dennoch bin ich der Ansicht, daß Landschaft vor allem den Menschen nützen muß. Das bedeutet auch: Grün an den Straßen muß da entfernt werden, wo die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird. Deshalb meine ich, für alle nordrhein-westfälischen Straßen müßte gelten, was für den Neubau von Straßen erlassen wurde. Gefährliche Bäume an alten Straßen sollten abgeholzt werden. An ihrer Stelle sollten Sträucher mindestens zwei Meter und Bäume mindestens 4,50 Meter von der Fahrbahnkante entfernt neu angepflanzt werden, wobei darauf zu achten ist, daß die Sicht, insbesondere in Kurven, durch das Gebüsch nicht behindert wird.

#### FDP: Gegen „Todesbäume“

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Hans Koch, nimmt zu dem Problem folgendermaßen Stellung:

Die Statistiken beweisen, daß Straßenbäume durchaus die Verkehrssicherheit gefährden können. In NRW z. B. sind innerhalb eines Jahres bei ca. 11 000 Verkehrsunfällen Autos gegen Bäume geprallt. Weiterhin beweisen die Zahlen, daß Baumunfälle viel gefährlicher sind als Frontalzusammenstöße zwischen zwei Autos. Etwa ab einer Geschwindigkeit von 30 km/h verursachen Baumunfälle Totalschäden. Was dies in der Regel für die Insassen bedeutet, ist klar: Das niedersächsische Verwaltungsamt hat errechnet, daß es bei jeweils 1000 Unfällen mit Personenschäden durchschnittlich 66 Tote gibt, während auf 1000 Unfälle an Bäumen mit einer Zahl von 125 doppelt so viele Tote kommen.

Diese bittere Erkenntnis sollte nun nicht dazu verleiten, rigorose Abholzaktionen an sämtlichen bundesdeutschen Straßen durchzuführen. Allerdings bin ich der Meinung, daß Bäume, an die nachweislich und wiederholt Autos geprallt sind – also sog. „Todesbäume“ –, gefällt werden sollten.

Wer dies fordert, ist deshalb noch lange kein Feind des Natur- und Umweltschutzes. Den berechtigten Warnungen der Natur- und Umweltschützer vor solchen Fällungen kann dadurch begegnet werden, daß man statt dessen Hecken und Buschwerk anpflanzt. Auch gegen die Devise „für jeden gefällten Straßenbaum sind zehn neue zu pflanzen“, ist letztlich kein Einwand zu erheben. Die Neupflanzungen brauchen ja nicht gerade dort vorgenommen zu werden, wo sie eine Gefährdung der Verkehrssicherheit bedeuten.

Der vermeintliche Konflikt zwischen den Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes einerseits und der Verkehrssicherheit andererseits wird zu einer Spiegelfechtere, wenn man bei der Anpflanzung von Straßenbäumen Vernunft und Planung walten läßt.

#### Porträt

*Sie nannten ihn vor zehn Jahren noch „den jungen Mann von Fritz Steinhoff“. Für den Fraktionschef und Ministerpräsidenten der fünfziger Jahre hatte Rolf Meyer immer gearbeitet, wenn auch stets im Hintergrund.*

*Dies überhaupt ist eine seiner auffallenden Eigenschaften, nie zog es den typischen Westfalen vom Jahrgang 1924 ins Rampenlicht, stets stand er im unbeleuchteten Teil der Bühne.*

*Aus Schwelm stammt Rolf Meyer, der schon 1950 die Geschäftsführung örtlicher und regionaler SPD-Apparate übernahm. Seine Eltern wollten ihn zum Handwerker machen, und tatsächlich hat er sich auch das Patent des Maschinenschlossers erarbeitet, doch als er 1949 die Chance erhielt, an einer schwedischen Heimvolkshochschule zu studieren, griff er sofort zu.*

*Gewiß darf man in diesem Zusammenhang von einer „skandinavischen Lehre“ sprechen, die dem Sozialdemokraten Meyer die Augen öffnete und ihn mitunter zum skeptischen Freund der eigenen Partei werden ließ. Aber gerade dieser persönliche Läuterungsprozeß erwies sich für die SPD als Gewinn. Rolf Meyer hat später als Bezirksgeschäftsführer der mächtigen Parteiorganisation „Westliches Westfalen“ das Image der SPD verändert.*

*Sein größter Erfolg läßt sich in Prozenten ausdrücken, denn der Wahlkampfmanager Rolf Meyer verbuchte 1961 und 1965 in seiner Region nicht nur überdurchschnittliche SPD-Gewinne, sondern geradezu Aufsehen erregende Resultate. An Willy Brandts Seite stand dieser Antityp eines Parteisekretärs, und ob im Sauer- oder Münsterland, der Spitzenkandidat und Regie-*



**Rolf Meyer (SPD)**  
Vorsitzender des Sportausschusses

*rende Bürgermeister von Berlin, traf auf eine generalstabsmäßig vorbereitete Organisation, die nichts dem Zufall überließ.*

*So wurde aus Rolf Meyer ein Manager, der heute zum Vorstand der Nordwest-Lottogesellschaft gehört. Die Liebe zur Politik ist deswegen jedoch nicht verkümmert, im Gegenteil: Der Landtagsabgeordnete seit 1958 wird von seinen Freunden auch als Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises immer wieder gewählt. Der Sport lobt ihn als aktiven Ballspieler und passionierten Förderer auf allen Ebenen, ob im Landtag oder Verband.*

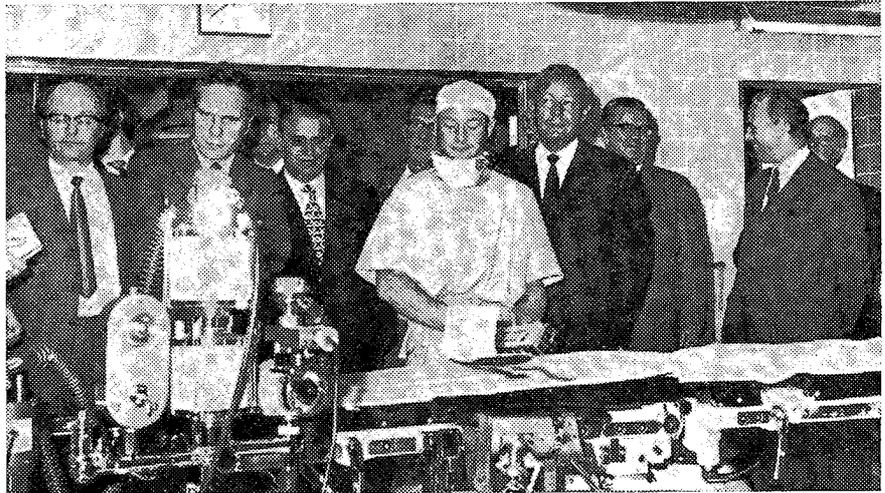
*„Er ist kein Mann des Bla-Bla“, sagt über ihn sein Förderer, Minister Werner Figgen. Darin auch liegt der Erfolg. Die Einerseits-Andererseits-Politik, das Schaukeln und Lavieren, dies gibt es bei Rolf Meyer nicht. Als er vor über zwei Jahrzehnten durch das Unterholz seiner Partei schritt und der Gipfel im Dunst der Zweifel lag, wollte der aus der Kriegsgefangenschaft Heimgekehrte „nichts anderes als ein Demokrat sein“. Auf diesem Weg hat er es weit gebracht, wobei sicher scheint, daß dies nicht die letzte Prüfung war, der sich Rolf Meyer mit Erfolg unterzog.*

*Horst-Werner Hartelt*

## Informationsreise des Sportausschusses:

### Es ging um die Sportförderung im Sauerland

Gleich zu Beginn der Informationsreise des **Sportausschusses** in das Sauerland am 1. und 2. Juli 1971 bekamen die Abgeordneten im **Krankenhaus für Sportverletzte Lüdenscheid-Hellersen** der Deutschen Sporthilfe zwei Life-Operationen serviert. Als der Chefarzt der Klinik auf den Farbfernsehschirmen die Einzelheiten einer Kniegelenk- und einer Achillesfersenriß-Operation erläuterte, verspürte man zusehends das Bedürfnis, doch lieber über Fragen der Finanzierung und des Ausbaues des Sportkrankenhauses zu diskutieren, als den anschaulichen ärztlichen Handgriffen zu folgen.



Nach den zwei über Fernsehen miterlebten Life-Operationen ließen sich die Abgeordneten des Sportausschusses den „Schauplatz“ der Sendung erklären.

In dem neu erbauten Krankenhaus für Sportverletzte mit seinen 230 Betten, das in dieser Konzentration und Spezifikation nicht nur in Deutschland seinesgleichen sucht, werden z. Z. jährlich 4 200 Operationen durchgeführt. Während noch im alten Bau in Hellersen nur

14 000 Patienten ambulant behandelt werden konnten, sind es jetzt im Neubau an die 30 000, hinzu kommen 20 000 Besucher der Bäderabteilung. Die Tatsache, daß der Anteil der sporttreibenden Bevölkerung ständig wächst, fordert seinen entsprechend hohen Unfalltribut. So ist die Zahl von z. Z. 800 wartenden Sportverletzten in der Tat beängstigend. Um die durch die Langzeitkranken eintretende Verlängerung der Wartezeiten — die durchschnittliche Behandlungszeit beträgt etwa 17 Tage — abzubauen, wurde den Abgeordneten die Notwendigkeit eines Rehabilitationszentrums mit maximal 80 Betten in den nächsten 4 bis 5 Jahren vorgebracht. In den anschließenden Gesprächen zeigte sich die „Sportfraktion“ dieser ergänzenden Maßnahme gegenüber aufgeschlossen.

Ein völlig anderes Problem, nämlich der Ausbau der im NWP 75 vorgesehenen Landesleistungszentren, erwartete den Ausschuß anschließend in der **Stadt Meinerzhagen**. Das **Skileistungszentrum** mit den beiden Mattenschanzen bietet eine dem jeweiligen Leistungsstand angemessene Trainingskombination. Obwohl es sich hier um ein Leistungszentrum des Landes handelt, wird



Sportabgeordnete selbst in Trimm-dich-fit-Aktion.

Oben: Stellvertretender Ausschußvorsitzender Peter Giesen (CDU) mißt die Leistungen seines Parlamentskollegen Karl-Theodor Weiß (SPD); links: der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Heinz Nehrling bei einem sportlichen Balanceakt; rechts: stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender Albert Pürsten demonstriert seinem jungen Fraktionskollegen Helmut Kumpf (links) seine sportliche Leistungsfähigkeit.





Sportausschußvorsitzender Rolf Meyer (SPD) erprobt beim Besuch des Kleinkalibersportvereins in Meinerzhagen seine Treffsicherheit, während ihm Abgeordneter Albert Pürsten (rechts) gespannt zuschaut.

Hier besteigt die „Sportfraktion“ des Landtags die Mattenschanzenanlage des Skileistungszentrums in Meinerzhagen.

diese Anlage immer wieder von den Spitzenspringern des Deutschen Skiverbandes und auch von ausländischen Mannschaften benutzt. Der Neubau eines Kampfrichterturms in Fertigbauweise war hier der Hauptwunsch der Offiziellen. Wünsche der Stadt bzw. der Verbände auf weiteren Ausbau der Stadt als Winter-sportgebiet beantworteten die Abgeordneten mit der Frage nach der Schneesicherheit.

Anerkennung fanden in der anschließenden Besichtigung die Leistungen des Kleinkalibersportvereins, dessen Sportschützen zur deutschen Spitzengruppe gehören.

Die **Förderung des Wintersports** war dann noch weiterer Informationsgegenstand des Ausschusses. Inwieweit in **Winterberg** der Bau einer Kunsteisbobbahn mit einem Kostenaufwand von etwa 8 Millionen DM als Landesleistungszentrum im Gegensatz bzw. zur Ergänzung des Bundesleistungszentrums in Königssee/Bayern seine Berechtigung findet, bedarf sicher einer eingehenden Prüfung. Jedoch würde diese Anlage nur bei gleichzeitiger Beteiligung des Landes an der Trägerschaft realisiert. An der Trägerschaft von Leistungszentren hat sich aber das Land bisher noch nicht beteiligt.

Gegenüber einem begrenzten Benutzerkreis für diese Sportanlage stünde die ebenfalls in Winterberg geplante Kunsteishalle für ca. 4,5 Millionen DM doch in einem weitaus größeren Rahmen auch tatsächlich dem Breitensport zur Verfügung. Im Gegensatz zu der Kunsteisbobb-

bahn ist die Unterhaltung dieser Kunsteishalle selbsttragend und bedarf daher keiner Änderung in dem Sportförderungssystem. Ergänzend zu diesen beiden Maßnahmen wurden die Sportvertreter noch über den Neubau bzw. über die Erweiterung einer Mattenschanze für das Jugendtraining und den Bau einer beleuchteten Langlaufstrecke als konsequenten Ausbau der Stadt Winterberg zum Nordischen Skizentrum informiert.

Inwieweit es allerdings von Vorteil ist, die gesamten Sport- und Freizeiteinrichtungen in einer Stadt zu konzentrieren und sie nicht zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur des gesamten Hochsauerlandes breit zu streuen, wird sicher bei der Behandlung der vorgetragenen Projekte zu überlegen sein.

Beruhigend für die künftigen Haushaltsberatungen war die Schlußbemerkung des Vorsitzenden des Ausschusses, Rolf Meyer (SPD): „Wir werden alle vorge-tragenen Wünsche beraten und sehen, was sich machen läßt.“



Auf diesem Gelände möchte die Stadt Winterberg eine Kunsteis-Bobbahn errichtet haben.  
Fotos: Tüsselmann

## VEBA-Ansiedlung vor dem Landtag

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen wird sich am 9. September mit der geplanten Errichtung eines Chemiewerkes im Raume Moers durch die Veba AG und mit der durch Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Gelsenkirchen zumindest vorerst unterbundenen Errichtung einer Float-Glas-Anlage bei Gelsenkirchen befassen. Beide Industrieansiedlungen haben eine erhebliche Bedeutung und werfen neben den Fragen, die mit der Umstruktuirung der nordrhein-westfälischen Industrie zusammenhängen, tiefgreifende Probleme des Umweltschutzes wie auch des Arbeitsmarktes auf.

Der Vorsitzende des **Wirtschaftsausschusses** des Landtags, Dr. Hüsich (CDU), und der stellvertretende Vorsitzende dieses parlamentarischen Gremiums, Dr. Nehrling (SPD), hatten Landtagspräsident Dr. Lenz gebeten, den Wirtschaftsausschuß unmittelbar nach Beendigung der Parlamentspause zur Beratung dieser Probleme einzuberufen.

Gleichzeitig hatten beide Abgeordnete Ministerpräsident Heinz Kühn gebeten, eine Entscheidung des Kabinetts über die weitere Förderung dieser Industrieansiedlungsvorhaben zurückzustellen, bis die Beratungen im Landtag abgeschlossen sind.

### Entscheidung erst im November

Die Entscheidung des Landeskabinetts über das Ansiedlungsvorhaben der Veba-Chemie AG im Raum Orsoy/Rheinberg (Kreis Moers) vor der Beratung des Wirtschaftsausschusses des Landtags ist mit Rücksicht auf den Verfahrensstand nicht möglich. Die Landesregierung kann, wie der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Prof. Halstenberg, in einem Brief an Dr. Hüsich und Dr. Nehrling mitteilte, erst nach Beschlußfassung durch die zuständigen Gremien des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, die gegen Ende Oktober erwartet wird, abschließend entscheiden.

Damit wurde dem Anliegen der beiden Parlamentarier Rechnung getragen, die Entscheidung des Kabinetts in dieser Frage zurückzustellen, bis die Beratungen im Landtag abgeschlossen sind.

## Landtagsstart mit Etat

Der NRW-Landesetat 1972, die Errichtung von Spielbanken und die Abfallbeseitigung stehen im Mittelpunkt einer dreitägigen Sitzung, mit der das Landtagsplenum in der kommenden Woche nach Beendigung der Parlamentsferien seine Arbeit wieder aufnimmt. Nach den Dispositionen des **Ältestenrats** wird der Sitzungsabschnitt mit einer Fragestunde eingeleitet, zu der nicht weniger als 10 mündliche Anfragen vorliegen. Die Einbringung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen ist zusammen mit der Regierungsvorlage über die Finanzplanung 1971 bis 1975 und dem kommunalen Finanz- und Lastenausgleich für Dienstag, 7. September, vorgesehen. Mit der Errichtung von Spielbanken beschäftigen sich Gesetzentwürfe von Abgeordnetengruppen der CDU und der SPD sowie ein gemeinsamer Entwurf von SPD- und FDP-Abgeordneten; ihre Beratung in 1. Lesung steht auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung. Am Donnerstag, 9. September, wird sich der Landtag mit einem Antrag von CDU-Abgeordneten befassen, in dem die Regierung um die Vorlage eines Abfallbeseitigungsgesetzes ersucht wird.

## Keine gemeinsame „Kohlefraktion“?

### Fraktionen beurteilen Situation im Kohlenbergbau unterschiedlich

Die Situation im Steinkohlenbergbau war Thema der Sitzung des **Wirtschaftsausschusses** am 2. September. Nach einer Einführung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und anschließender Diskussion wurde nachfolgender Entschließungsantrag der SPD/FDP bei Stimmenthaltung der CDU angenommen:

- „Der Wirtschaftsausschuß des Landtags von Nordrhein-Westfalen hat in seiner heutigen Sitzung (2. 9. 1971) im Anschluß an einen Vortrag des nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Horst-Ludwig Riemer die Situation der Ruhrkohle AG, insbesondere die Konsolidierungsmaßnahmen der Bundes- und Landesregierung sowie den Stand der Verhandlungen mit der Ruhrkohle AG erörtert.
- Der Ausschuß begrüßt die von der Bundes- und Landesregierung vorgeschlagenen und bereits durchgeführten sozialen Flankierungsmaßnahmen. Er fordert die Landesregierung auf, ein Programm zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, zur Umschulung und Weiterbildung freigesetzter Bergleute vorzulegen, das mit den Zechenstilllegungen zu synchronisieren ist. Gerade die vielfältigen Berufserfahrungen der im Bergbau Beschäftigten könnten – soweit sie nicht schon vom Markt angefordert würden – sinnvoll für die Aufgaben der Infrastrukturpolitik

des Landes nutzbar gemacht werden.

- In diesem Zusammenhang könnten gerade Investitionsmaßnahmen auf dem Bausektor gezielt in den von Zechenstilllegungen betroffenen Räumen vorgezogen oder verwirklicht werden. Der Ausschuß erwartet von der Landesregierung aufgrund der vorgesehenen Stilllegung von Schachtanlagen die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Gemeinden, die betroffen sind, besonders zu fördern. Nach Meinung des Ausschusses läßt sich eine Konsolidierung der Ruhrkohle AG mit Aussicht auf Erfolg jedoch nur erreichen, wenn das Anpassungsprogramm konsequent durchgeführt und die Förderung auf kostengünstig arbeitende Schachtanlagen konzentriert wird. Der Ausschuß teilt die Meinung der Landesregierung, daß Zuschüsse des Landes und des Bundes gezielt für Rationalisierungsinvestitionen, zur Förderung der technischen Entwicklung und für Forschungen, insbesondere Forschungen auf dem Gebiete zukunftssträchtiger Verwendung von Steinkohle, bereitgestellt werden sollen.
- Der Ausschuß erwartet, daß die Ruhrkohle AG sich an diesen Maßnahmen mit verstärkten Aufwendungen beteiligt. Der Ausschuß erwartet ferner, daß der Beitrag der Muttergesellschaften für die finanzielle Konsolidierung der Ruhrkohle AG angesichts der erheblichen Zuschüsse des Bundes und des Lan-

des über die bisher bekanntgewordenen Vorstellungen erheblich hinausgeht. Dies gilt sowohl für die Einbringungsforderung wie für die mit der RAG abgeschlossenen Lieferungsverträge.“

Die Koalitionsfraktionen von SPD und FDP wiesen vor der Abstimmung auf die im Landtag über viele Jahre hinweg bestehende bewährte „Kohlefraktion“ hin, die lediglich in einem Einzelfall (Kokskohlesubventionierung) keine Übereinstimmung erzielen konnte.

Im Interesse der im Bergbau Beschäftigten würde es auch jetzt wieder liegen, wenn die gemeinsame „Kohlefraktion“ fortgesetzt werden könnte. Die Basis hierzu könnte der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Entschließungsantrag sein. SPD und FDP würden es außerordentlich bedauern, wenn es zu keiner gemeinsamen Entschließung kommen könnte.

Die CDU erklärte dazu, daß gegen die im Beschluß aufgeführten einzelnen Absichten Einwendungen nicht bestehen. Der Beschluß gehe jedoch an den entscheidenden Tatsachen der Lage im Kohlenbergbau und bei der Ruhrkohle AG völlig vorbei und beschränke sich lediglich auf flankierende Maßnahmen. Wenn das Parlament in diesem Zeitpunkt eine Erklärung abgäbe, müsse diese das Problem in seiner Gesamtheit betreffen. Zudem seien die Auswirkungen und insbesondere die finanziellen Belastungen für den Landeshaushalt weder erörtert noch in irgendeiner Weise festgestellt worden.

## Hearing im Plenarsaal:

### Ausländische Arbeitnehmer suchen Anschluß an unsere Gesellschaft

„Wir leben nicht in einem deutschen Naturschutzpark, sondern wir haben es mit Menschen zu tun, die wir hergeben haben“, erklärte der Sprecher des Caritasverbandes, Prälat Dr. Koenen (Köln), mit einem Fingerzeig auf die wachsende Zahl ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Der Kölner Caritasdirektor und sechs weitere Sachverständige breiteten am 1. September in einem öffentlichen Anhörungstermin vor den Ausschüssen für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie Jugend, Familie und politische Bildung ein gerüttelt Maß an Daten, Wünschen, Forderungen und Kritiken zum Gastarbeiterproblem hierzuland aus, das bei der Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in unsere bundesdeutsche Gesellschaft helfen soll.

Ziel der Anhörung im Plenarsaal war nach den Worten des Abgeordneten Konrad Grundmann (CDU), der das Hearing leitete, „Grundlagen für spätere Beratungsphasen zu bekommen“.

Viele Ausländer, die ursprünglich zu vorübergehender Arbeit in die Bundesrepublik gekommen sind, wollen hierbleiben. Willy Könen, Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, warf die Frage auf: „Wird die Bundesrepublik ein Einwandererland?“ Aus einer Umfrage, die in der jüngsten Vergangenheit Licht in die „zweilichtige Situation“ bringen sollte, läßt sich nach Könen's Ausführungen erkennen, daß die Verweildauer der ausländischen Arbeitnehmer in Westdeutschland länger geworden ist; der Trend zum Bleiben ist unübersehbar.

Dieser Trend zwingt zu Überlegungen, ob das Ausländerrecht nicht geändert und der neuen Situation angepaßt werden müsse; nur eine Neuregelung der gesetzlichen Grundlage könne die „schwer durchschaubare Situation“ klären. Der Sprecher bemängelte, daß „den hohen Zahlen an Gastarbeitern nur wenige Beratungsstellen und Betreuer gegenüberstünden. Finanzielle Hilfe für die Einrichtung von sozialen Einrichtungen und ausreichendem Personal tue not, um die Schranken zwischen den Ausländern und Einheimischen abzubauen.“

Frühzeitig müsse die Eingliederung der Ausländer in unsere Gesellschaft beginnen, betonte Prälat Dr. Koenen. Solange die Kindergärten nicht ausreichen, sollten Kinderspielstuben eingerichtet werden; solche Spielstuben seien besonders wichtig, „weil die wohnlichen Verhältnisse der Ausländerfamilien oft schlecht sind.“ Sogenannte nationale Kindergärten lehnte Dr. Koenen ab; schon früh sollen die jungen Ausländer mit



Große Erwartungen bei der Ankunft: „Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen“, sagte jüngst jemand, der sich wunderte, daß „Gastarbeiter so viele Probleme aufwerfen“. Foto: Tüßelmann

den gleichaltrigen Deutschen zusammenkommen können. Dies gelte auch für die sechsjährigen Ausländerkinder, die unmitttelbar in normale Grundschulklassen eingeschult werden sollen, ohne zuvor Überleitungsklassen absolvieren zu müssen, die den größeren Kindern vor Einschulung in Normalklassen das nötige Rüstzeug mit auf den Weg geben.

Für die Ausbildung jugendlicher Ausländer empfahl der Caritasdirektor die Einrichtung von Sonderschulen und Sonderklassen, die den Anschluß an die Berufsschule möglich machen. („Wir dürfen diese Jugendlichen nicht dazu verdammen, Hilfsarbeiter zu werden!“ Und: „Hier haben wir eine menschliche und europäische Verpflichtung!“)

„Wie kommen wir aus dieser zweilichtigen Situation heraus?“ fragte Direktor Bergemann als Sprecher der Landesvereinigung Industrieller Arbeitgeberverbände (Düsseldorf), wobei er auf die sprunghaft steigende Zahl von Arbeitern aus dem Ausland hinwies: „Bis 1980 werden es zweieinhalb Millionen sein.“ Auch Bergemann kritisierte das geltende Ausländerrecht; doch hat die Industrie, wie er betonte, „auf dem Boden einer nicht ganz zulänglichen Ausländergesetzgebung Maßnahmen entwickelt, um Betriebsklima und Betriebsfrieden zu sichern“.

Als Hauptprobleme bezeichnete der Industriesprecher die mangelhaften Sprachkenntnisse der in deutschen Betrieben arbeitenden Ausländer und die berufliche Ausbildung, die es den Gastarbeitern ermöglichen könnte, in höhere Positionen aufzusteigen. Die finanzielle Hilfe der Industrie für die Eingliederung der ausländischen Mitarbeiter bezeichnete Bergemann als „ein Kostenfaktor, der hoch zu Buche schlägt“.

Für bessere Unterkünfte der Ausländer und gegen Mietwucher plädierte der Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Landesbezirk Nordrhein-Westfalen), Reymann. Eindringlich warnte der Gewerkschaftsvertreter vor der Entstehung von Ghettos, in denen die Ausländer isoliert von der übrigen Bevölkerung lebten, und ebenso temperamentvoll forderte er die Integration der Ausländer in unsere Gesellschaft. Reymann erteilte dem „Provisorium auf Dauer“, wie er die gegenwärtige Lage der Gastarbeiter nannte, eine unmißverständliche Absage; er unterstrich die Kritik der übrigen Experten: „Das Ausländerrecht muß dringend reformiert werden!“ Auch der Präsident des Landesarbeitsamtes, Dr. Alois Degen, erklärte: „Die Anwesenheit der ausländischen Arbeitnehmer ist keine vorübergehende Sache“. (Siehe Kasten).

Den Zugang zu allen sozialen Leistungen und die Gleichstellung der Ausländer mit den Einheimischen forderte der Referent der kommunalen Spitzenverbände, Dr. Happe (Köln). Örtliche Arbeitsgemeinschaften, die auch von anderen Experten empfohlen wurden, sollen die Eingliederung der neuen Mitbürger erleichtern. Für die Schaffung von Wohnungen erbat Dr. Happe ein stärkeres Engagement von Bund und Ländern. Ein letztes Wort widmete er dem Bildungsproblem: „Ihre Ausbildung muß die ausländischen Arbeiter befähigen, einen qualifizierten Beruf auszuüben!“

j. a.

### Eine Aufgabe der Gesellschaft

„Mit der zunehmenden Ausländerbeschäftigung treten jetzt gesellschaftspolitische Fragen stärker in den Vordergrund, weil sich die Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitnehmer verlängert und immer mehr ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien in der Bundesrepublik leben.“ Mit diesem Satz umriß der Präsident des NRW-Landesarbeitsamts, Dr. Alois Degen, „eine Aufgabe, die die ganze Gesellschaft angeht“.

2,17 Millionen Ausländer sind heute in der Bundesrepublik beschäftigt. „Die Ausländerbeschäftigung hat Ende Juni 1971 erstmals die 600 000-Grenze überschritten“, gab Dr. Degen während des Hearings vor den Ausschüssen für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie für Jugend, Familie und politische Bildung bekannt. Hier eine Übersicht der stärksten Ausländergruppen in nordrhein-westfälischen Betrieben: 121 916 Türken; 103 291 Italiener; 93 897 Jugoslawen; 87 948 Griechen; 61 893 Spanier; 23 816 Portugiesen; 5 381 Marokkaner und 2 946 Tunesier.

Berufliche Bildung und menschenwürdige Unterkünfte bezeichnete der Landesarbeitsamtspräsident als „wesentliche Voraussetzungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik“.

## Neue Akzente für die Landwirtschaft

Wo Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht mehr „geht“, sollen wenigstens Schafe weiden. Allerdings nicht nur Schafe, sondern Rinder, Mutterkühe und Pferde. Über diese und eine ganze Reihe anderer Entwicklungen beriet der **Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft** am 31. August. Dazu hatte der Ernährungsminister mehrere Richtlinien vorgelegt, mit denen verschiedene Förderungen geregelt werden sollen. Diese Förderungen sollen die „Freisetzung von Arbeit und Kapital aus unwirtschaftlichen Formen der Grünlandnutzung ermöglichen und den Kulturzustand ertragsarmer Grünlandflächen sichern“.

Hinter dieser Fachsprache steht die nüchterne Erkenntnis, daß auch Teile unseres Landes nicht mehr in der bisher üblichen Weise landwirtschaftlich und rentabel zu nutzen sind.

Der Bund hat mit dem 1. Juli d. J. sein „Einzelbetriebliches Förderungs- und soziales Ergänzungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft“ anlaufen lassen. In Nordrhein-Westfalen sollen nun innerhalb des vom Bund gezogenen Rahmens besondere Akzente gesetzt werden. So sollen gemeinschaftliche Anlagen (Kooperationen) in Landwirtschaft und Gartenbau finanziell gefördert werden. Für die Umstellung von Landwirtschaft auf den Gartenbau gibt es unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschuß. Im Zusammenhang mit Flurbereinigungen kann ausscheidenden Landwirten beim Bau einer Wohnung geholfen werden. Schließlich können landwirtschaftliche Betriebe, die sich auf Zucht und Mast von Speisefischen (insbesondere Regenbogenforellen) umstellen, für die dabei notwendigen Investitionen einen Zuschuß erhalten. Das Land Nordrhein-Westfalen braucht für diese Maßnahmen keine zusätzlichen Mittel aufzuwenden. Die Förderung kann aus deckungsfähigen Titeln des laufenden Haushaltes erfolgen.

Über Art und Höhe der Förderungen gab es im Ausschuß unterschiedliche Auffassungen. Einigkeit bestand jedoch darin, daß der Landwirtschaft in ihrer

### Beratungen über Schankerlaubnissteuer ausgesetzt

Die Landesregierung beabsichtigt, durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes die augenblicklich geltenden Abgabesatzungen der Kommunen und somit auch der Gaststätten-erlaubnissteuersatzungen mit Rücksicht auf die zahlreichen im Neugliederungsverfahren befindlichen Gemeinden über den 1. Januar 1972 hinaus für ein weiteres Jahr in Kraft zu belassen. Ein entsprechendes vom Kabinett beschlossenes Gesetz wird dem Landtag in Kürze zugeleitet.

Die dem **Kommunalpolitischen Ausschuß** am 2. September vorliegende Gaststätten-erlaubnissteuer-Mustersatzung (Vorlage 310) kann daher nur noch als Empfehlung an die Gemeinden angesehen werden, etwaige Härtefälle im Sinne dieser Satzung auszugleichen.

Alle drei Fraktionen waren sich einig, daß die Schankerlaubnissteuer zum 1. Januar 1973 fort-fallen sollte. Wie den Gemeinden ein Äquivalent für den nicht unerheblichen Einnahmeausfall (Stadt Dortmund: 1,5 Millionen DM pro Jahr) geboten werden kann, darüber will der Ausschuß sich im Frühjahr 1972 unterhalten. Die Landesregierung wurde gebeten, entsprechende Ausgleichsvorschläge zu machen.

schwierigen Umstellungsphase geholfen werden muß. Die ersten Erfahrungen mit den neuen Richtlinien sollen möglichst schon bei den Haushaltsberatungen im Herbst ausgewertet werden.

## Terminvorschau

Landtagstermine in der Woche vom 6. 9. bis 11. 9. 1971

### Montag, 6. 9.

#### Fraktionssitzungen

### Dienstag, 7. 9.

#### Plenum

Beginn 10.00 Uhr (siehe Tagesordnung)

### Mittwoch, 8. 9.

#### Plenum

Beginn 10.00 Uhr

### Donnerstag, 9. 9.

#### Plenum

Beginn 10.00 Uhr

#### Wirtschaftsausschuß

Industrieansiedlungen im Lande Nordrhein-Westfalen

1. Ansiedlung einer FLOAT-Glasanlage im Raum Gelsenkirchen
2. Ansiedlung eines Chemiewerkes im Raum Moers  
– Im Anschluß daran findet eine Pressekonferenz statt –

#### Ausschuß für Verwaltungsreform

1. Aussprache über den vorgesehenen Bereisungs- und Anhörungstermin im Neugliederungsraum Aachen
2. Erfahrungsbericht des Innenministeriums über das 1. Neugliederungsprogramm
3. Eingliederung der Gemeinde Orsoy-Land in die Stadt Rheinberg
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neugliederung des Ennepe-Ruhr-Kreises
5. Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Aachen

#### Justizausschuß

Verfassungsbeschwerden

## Altes Parlamentsgebäude in neuem Glanz:

### Im Landtag regierten die Handwerker



Der erste Kunde an der mit Blumen geschmückten Selbstbedienungstheke in den Wirtschaftsbetrieben war Landtagspräsident Dr. Lenz.

Während die Parlamentarier und viele Mitarbeiter der Fraktionen sowie der Landtagsverwaltung sich in der Sommerpause die wohlverdiente Ruhe weitab der Landeshauptstadt gönnten, herrschte im Ständehaus am Schwanenspiegel eine hektische Betriebsamkeit. Hier hatten die Handwerker wieder einmal das Regiment übernommen.

Wände wurden niedergerissen, neue aufgerichtet, Türen standen ausgehangen neben den Räumen, Läufer und Teppiche lagen aufgerollt in den Gängen. In dem Durcheinander aufgestapelter Möbel und in Kartons verpackter Akten versuchten sich die anwesenden Mitarbeiter

der Fraktionen und der Landtagsverwaltung zurechtzufinden, um dringende Arbeiten zu erledigen.

Diese räumliche Umorganisation und die damit verbundenen Renovierungsarbeiten im alten Parlamentsgebäude wurden jedoch von den Angehörigen der Fraktionen und der Pressestelle des Landtags in Kauf genommen, weil ihnen dadurch jetzt mehr und funktionsgerechtere Arbeitsräume zur Verfügung stehen. Das war nur durch den vor einem halben Jahr erfolgten Umzug der Landtagsverwaltung in das neue Büro- und Garagenhaus möglich. Die CDU-Fraktion hat jetzt ihr Domizil im Erdgeschoß, während die SPD-Fraktion zu ihren Räumen in der ersten Etage weitere Zimmer im zweiten Stockwerk bezogen hat. Die FDP übersiedelte vom zweiten in das dritte Obergeschoß.

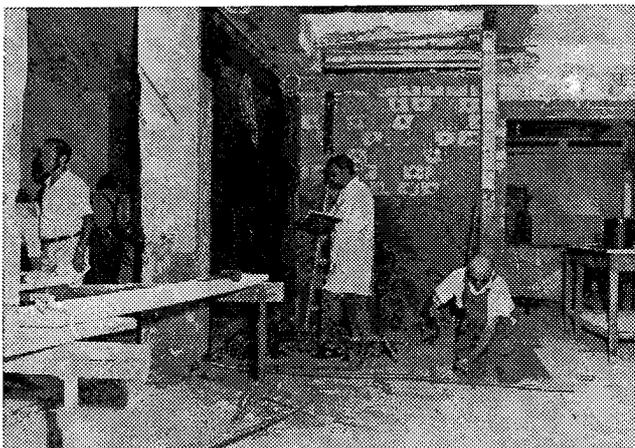


Auch Mitglieder des Küchenausschusses, die Abgeordneten Franz Riehemann (CDU) – Mitte – und Herbert Neu (FDP) – rechts – waren bei der Eröffnung anwesend. Hier im Gespräch mit Dr. Lenz. Fotos: Kürten

Ihr Fraktionschef Hans Koch residiert nun in dem früheren „Damenzimmer“, das bisher den weiblichen Abgeordneten als Aufenthalts- und Ruheraum diente.

Aber nicht nur die Arbeitszimmer im alten Parlamentsgebäude erstrahlen in neuem Glanz, sondern auch das Landtagsrestaurant, das kaum wiederzuerkennen ist. Hier wurde die Sommerpause genutzt, um die Wirtschaftsbetriebe teilweise auf Selbstbedienung umzustellen. „Vor allem der Personalmangel hat uns dazu veranlaßt“, erläuterte Landtagspräsident Dr. Lenz, der es sich nicht nehmen ließ, die Selbstbedienungstheke zusammen mit den Mitgliedern des Küchenausschusses – ihm gehört je ein Abgeordneter der drei Fraktionen an – zu eröffnen. Viele Abgeordnete begrüßen diese Neuerung und machen schon regen Gebrauch davon.

W. E.



So wie hier im Landtagsrestaurant sah es im ganzen Haus aus. Wände wurden niedergerissen, neue aufgerichtet und Kabel verlegt.

Foto: Tüßelmann

## CDU-Fraktion

**Initiativen der Opposition**

Der Oppositionsführer, Heinrich Köppler, gab vor der Presse die beabsichtigten und die bereits eingeleiteten Initiativen der **CDU-Landtagsfraktion** für das zweite Parlamentsjahr dieser Legislaturperiode bekannt. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die beiden Großen Anfragen der CDU-Landtagsfraktion, die sich mit der **Hochschulplanung** und dem **Straßenbau** in unserem Lande beschäftigen. Die CDU will sich durch diese beiden Großen Anfragen die notwendigen Informationen für ihre Arbeit in der nächsten Zeit beschaffen. Darüberhinaus kündigte der Oppositionsführer Initiativen der CDU-Landtagsfraktion im Bereich des **Umweltschutzes**, der **Industriepolitik**, der **Schulpolitik** und im Bezug auf die Weiterbehandlung der **Gebiets- und Verwaltungsreform** an. Die CDU-Opposition, deren politische Linie in der Vergangenheit erfolgreich war, wird ihre politische Haltung auch weiterhin beibehalten. Heinrich Köppler erklärte in diesem Zusammenhang, daß die sachliche Alternative und die kritische Kontrolle der Regierungsarbeit nach wie vor das Kennzeichen oppositioneller CDU-Politik sein werde.

**Schluß mit der Augenwischerei**

Als absolut unglaubwürdig und als Gesundheitsbeterei eines kranken Schulwesens bezeichnet der kulturpolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Albert Pürsten, die laufenden Ankündigungen von Kultusminister Jürgen Girgensohn zur Verbesserung der Situation an unseren Schulen. Schon sein Vorgänger habe jährlich neue Daten für das Ende des Lehrermangels mitgeteilt. Auch seien die jüngsten Versprechungen zur Reform des Schulwesens in den ländlichen Räumen nicht neu. Angesichts der Situation an den Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen muß man sich jedoch fragen, so erklärt Pürsten, was die Bevölkerung noch glauben soll, da sich nahezu alle Erklärungen im Nachhinein als falsch bzw. unrealistisch herausgestellt haben. So hat der Kultusminister nicht einmal die Abschlußprüfung für Absolventen der Bezirksseminare für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen um einen Monat vorgelegt, um einen ordnungsgemäßen Schuljahresbeginn zu gewährleisten. Dabei geht es um dringende notwendige Reformen zur Verwirklichung der Chancengleichheit der Kinder und nicht um die Befriedigung der Publicitybedürfnisse des Fachministers. Der Widerspruch zwischen dem Anspruch sozialdemokratischer Bildungspolitik und der Wirklichkeit in unserem Lande ist nicht mehr zu übersehen. Pürsten fordert den Kultusminister auf, endlich mit der Augenwischerei Schluß zu machen.

## SPD-Fraktion

**Informationsbesuche fortgesetzt**

Am letzten Tag vor der parlamentarischen Sommerpause setzten die Mitglieder des Arbeitskreises „2“ – Kultur, Schule, Wissenschaft – der **SPD-Landtagsfraktion** die Besichtigung von Hochschulstandorten mit Besuchen in den Universitätsstädten Bielefeld und Paderborn fort.

Die sozialdemokratischen Kulturpolitiker wollten sich wie bei früherer Gelegenheit in anderen Hochschulorten über den Stand der Vorbereitungen zur Schaffung „Integrierter Gesamthochschulen“ in Bielefeld und Paderborn informieren. Außerdem galt ihr Interesse den Möglichkeiten der städtebaulichen und sozialen Eingliederung der neuen Hochschule in die vorhandenen Strukturen der beiden Hochschulorte.

Während in Bielefeld wegen der Lage des Universitätsgeländes die Einbeziehung der „Integrierten Gesamthochschule“ in den unmittelbaren Bereich des Stadtzentrums mit Schwierigkeiten verbunden ist, liegen die für die Hochschule vorgesehenen Grundstücke in Paderborn nur etwa 1,6 km vom Stadtzentrum entfernt und sind trotz der unmittelbaren Nähe zur Innenstadt noch in beträchtlichem Maße erweiterungsfähig.

Wichtigster Gesichtspunkt bei den Gesprächen, an denen die Vertreter der gastgebenden Städte und der einzelnen Hochschuleinrichtungen teilnahmen, waren die zu leistenden Vorarbeiten zur Schaffung von integrierten Studiengängen für die zukünftigen Gesamthochschulen. Die Vertreter der Bielefelder Hochschuleinrichtungen teilten den sozialdemokratischen Kulturpolitikern ihre Absicht mit, noch vor Einbringung des Haushaltsplanes 1972 dem Minister für Wissenschaft und Forschung Vorschläge zur personellen und sachlichen Ausstattung eines „Hochschuldidaktischen Zentrums“ zu unterbreiten, wie es im § 5 Fachhochschulerrichtungsgesetz vorgesehen ist.

Unter allen Gesprächsteilnehmern bestand Einigkeit darüber, daß die im Fachhochschulerrichtungsgesetz vorgesehenen „Hochschuldidaktischen Zentren“ nicht den Fachhochschulen allein zuzuordnen sind, sondern als gemeinsame Institution aller Hochschuleinrichtungen eines Standortes die Integration dieser Einrichtungen unterstützen sollen.

Der Besuch in Bielefeld und Paderborn erbrachte für die sozialdemokratischen Kulturpolitiker eine Vielzahl wertvoller Informationen, zumal er auch einen Einblick in die Zusammenarbeit zwischen den Planungsausschüssen und dem Wissenschaftsministerium vermittelte.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## FDP-Fraktion

**Musterprojekt für eine umweltgerechte Industrieansiedlung**

In der naturgemäß umfangreichen Tagesordnung der ersten Sitzung der **FDP-Landtagsfraktion** nach der Sommerpause stand die Errichtung eines Chemiewerkes der Veba AG im Raum Orsoy im Mittelpunkt der Beratungen.

Der Zielkonflikt zwischen Erhaltung und Verbesserung der Umweltbedingungen und der Ansiedlung, Erweiterung und Expansion von Wachstumsindustrien in Nordrhein-Westfalen hat bei allen Beteiligten, der Regierung, dem Parlament und großen Teilen der Bevölkerung Emotionen ausgelöst. Jetzt geht es darum, die Wogen zu glätten und sachlich nüchtern zu versuchen, zu einer Entscheidung zu kommen, die beiden Aspekten Rechnung trägt.

Kompromißloser Landschafts-, Natur- und Umweltschutz wird das volkreichste Land der Bundesrepublik auf längere Sicht in wirtschaftliche Zweit- oder Drittklassigkeit absinken lassen. Bei der unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Wachstumsrate Nordrhein-Westfalens würde eine Optik der Industrie-feindlichkeit diesen Vorgang vermutlich noch beschleunigen.

Andererseits würde Industrieansiedlung um jeden Preis zwar sichere Arbeitsplätze schaffen; wer aber wird dort noch arbeiten und wohnen wollen, wo die Befestigungen aus eben diesen Industrien Ausmaße annehmen, die das Arbeiten und Leben verdrößlich, wenn nicht sogar gesundheitsschädlich erscheinen lassen.

Nach den bisherigen Kenntnissen und technischen Möglichkeiten ist eine Raffinerie wohl nicht ohne die bekannten lästigen Begleiterscheinungen zu betreiben. Da jedoch die Maßnahmen des Umweltschutzes erst seit „relativ“ kurzer Zeit an Bedeutung gewonnen haben, besteht die berechnete Auffassung, daß auf diesem Gebiet noch erhebliche Verbesserungen technisch und wirtschaftlich möglich und realisierbar sind. Die Argumentation, beim jetzigen Stand des Immissionsschutzes werde sich im Zeitablauf eine feststellbare und rechenbare Verschmutzung und Gefährdung ergeben, ist insofern nicht stichhaltig, als die Weiterentwicklung und Verbesserung des Immissionsschutzes nicht berücksichtigt wird.

Ein vernünftiger Kompromiß ist in dieser Richtung zu suchen. Die Fraktion war sich einig, daß die Kosten für Erforschung und Entwicklung zusätzlicher und neuer Verfahren die Bereitstellung erheblicher Mittel notwendig macht, die einem Unternehmen nicht alleine aufgebürdet werden können. Sie spricht sich dafür aus, ein solches Verfahren mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Dadurch könnte eine Anlage entstehen, die – wie es Dr. Riemer bezeichnete – als Musterprojekt weitgehend umweltneutral den wirtschaftspolitischen und umweltschutzorientierten Interessen in einem ausgewogenen Kompromiß entgegenkommt.

## Zwei Gesetzentwürfe

Zwei Gesetzentwürfe hat die Landesregierung vorgelegt. Der erste Entwurf befaßt sich mit der „Vereinigung der Stifte St. Marien in Lemgo und Cappel in Cappel“. Für die baufälligen und zu Wohnzwecken ungeeigneten Stiftsgebäude der bisher rechtlich getrennten lippischen Stifte St. Marien in Lemgo und Cappel ist ein dringend benötigter Neubau aus Mitteln beider Städte errichtet worden. In dem Neubau sind die Damen beider Stifte inzwischen untergebracht. Nun sind die Vermögensmassen beider Stifte durch Vereinigung zu einer einzigen juristischen Person zusammenzufassen. Dies ist nur durch Gesetz möglich (**Drs. 914**).

Die zweite Gesetzesvorlage befaßt sich mit den Gebühren an den Hochschulbibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Anschluß an das Gebührengesetz vom 5. Mai 1970 sollen die Gebührenforderungen der Hochschulbibliotheken, die bisher teilweise in den Benutzungsordnungen geregelt waren, eine ausreichende Rechtsgrundlage erhalten (**Drs. 915**).

## Abfallbeseitigung

„Die Landesregierung wird er sucht, dem Landtag unverzüglich ein Gesetz über die geordnete Beseitigung von Abfällen vorzulegen“, heißt es in einem Antrag, den die CDU-Abgeordneten Schulze-Stapen, Dr. van Aerssen, Frey, Giesen, Grundmann, Kapitain, Dr. Klose und Dr. Pohl gestellt haben. In der Begründung dieses Antrags wird betont, das Gesetz solle eine umfassende Ordnung der Abfallbeseitigung, insbesondere im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, einleiten, offenkundige Mißstände beseitigen und Fehlentwicklungen für die Zukunft verhindern. (**Drs. 961**).

## Juristische Ausbildung

Eine Reform der juristischen Ausbildung strebt die CDU-Fraktion in einem Antrag an die Landesregierung an. „Die Landesregierung wird ersucht, die juristische Ausbildung zu verbessern und gegebenenfalls entsprechende gesetzgeberische Initiativen einzubringen“, heißt es in diesem Antrag (**Drs. 962**).

## Hochschulplanung in NRW

Eine Große Anfrage zur Hochschulplanung in NRW hat die CDU-Fraktion an die Landesregierung gerichtet. Die in eine Anzahl Einzelfragen aufgegliederte Anfrage bezieht sich auf die Kapazitäts-, Finanz-Effektivitäts- und Regionalplanung. Sie läßt die Fragen zur Studienreform und Hochschulreform außer Betracht. Die erste Einzelfrage zielt auf den Hochschulrahmenplan. (**Drs. 986**).



Wohin mit dem Müll? Die zunehmende Verschmutzung der Umwelt bedroht Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach den Skandalen, die in jüngster Zeit durch „wildes Ablagern“ von Giftstoffen hervorgerufen worden sind, nimmt jetzt auch das „wilde Kippen“ von Müll aus den Haushalten zu. Unser Foto zeigt eine solche Müllkippe im Raum Düsseldorf. Foto: Tüßelmann

## Abgeordnete fragen

Abgeordnete der CDU, SPD und FDP weisen in mehreren kleinen Anfragen auf die **große Bedeutung des Umweltschutzes** hin. Der SPD-Abgeordnete Sinnecker betont in einer Anfrage das Recht auf Leben und körperliche Gesundheit. „Dieses Grundrecht wird durch zunehmende Umweltverschmutzung gefährdet“, betont der Abgeordnete. Er fragt die Landesregierung, ob sie bereit sei, „Umwelt-Staatsanwaltschaften“ in Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften oder bei allen Landgerichten einzusetzen (**Drs. 857**).

Mit der Gefährdung der Umwelt durch **Ablagerung von Müll** befassen sich die CDU-Abgeordneten Dr. Weimann, Dr. Klose, Mertens und Ostrop in einer Kleinen Anfrage. „In welchem Umfang hat seit 1969 das ‚wilde Kippen‘ zugenommen?“ wollen die Abgeordneten wissen. Sie fragen die Landesregierung, welche Konsequenzen sie daraus zu ziehen gedenkt und wie sie die Städte und Gemeinden darauf hinweisen will, für den geordneten Abtransport und die vorschriftsmäßige Lagerung von Müll zu sorgen (**Drs. 902**).

„Welche rechtlichen Vorschriften und organisatorischen Möglichkeiten stehen zur Verfügung, um die **Beseitigung gefährlicher Giftstoffe**, auch über die Landesgrenze hinweg, zu erfassen und zu überwachen?“, fragt der CDU-Abgeordnete Dr. van Aerssen. Der Abgeordnete erinnert an die Ablagerung von rd. 3 000 Tonnen arsenhaltigem Kalkschlamm auf Müllplätzen im Raum Jülich und Köln (**Drs. 952**).

Mit der **Bedrohung der Umwelt** durch gifthaltige Abfälle befaßt sich

der SPD-Abgeordnete Dr. Nehrling. „Durch welche rechtlichen Vorschriften kann die Regierung gewährleisten, daß gifthaltige Abfälle so abgelagert werden, daß sie keine Gefährdung für Mensch und Tier darstellen?“, fragt der Abgeordnete. Weiter: „Werden Betriebe, in deren Produktion gifthaltige Stoffe anfallen, schon bei der Erteilung der Gewerbe genehmigung verpflichtet, über den Verbleib der Giftstoffe Nachweis zu führen?“ (**Drs. 954**).

Auf die Umweltgefährdung durch das **unkontrollierte Austreten von Öl** im Bereich der Union-Kraftstoff Wesseling weist der CDU-Abgeordnete Dr. Hüsch in einer Anfrage hin. Nach einem Rohrbruch im Werks Gelände soll eine große Menge Öl auf die umliegenden Felder niedergegangen sein und die Ernte vernichtet haben (**Drs. 983**).

Vom 1. Juli bis 1. September sind im Landtag eingegangen: 23 Drucksachen, 41 Vorlagen und 37 Zuschriften. \*)

Auf die Kosten für **Abtransport, Lagerung und Entgiftung von Arsen schlamm** und Cyanidsalz zielt eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dr. Klose, wobei der Fragesteller auf die „Berichterstattung über die Arsen schlamm- und Cyanidaffäre“ hinweist. Ob die Landesregierung bereit sei, angesichts der schwachen Finanzkraft vieler Gemeinden die Kosten zu übernehmen, die durch Rückschaffung und Wiederablagerung der gefährlichen Abfallstoffe entstehen, will der Abgeordnete wissen. Außerdem fragt er, welche Plätze die Landesregierung für die endgültige Lagerung des

\*) Im Archiv des Landtags einzusehen

## Abgeordnete fordern mehr Sicherheit im Strafvollzug

Mit den Ausbrüchen verurteilter Straftäter aus Landeskrankenhäusern befaßt sich der CDU-Abgeordnete Dr. van Aerssen in einer Kleinen Anfrage. Er fragt: „Welche Sicherungsvorkehrungen wird die Landesregierung wegen des Ausbrechens straffällig gewordener Inassen der Landeskrankenhäuser treffen?“ (Drs. 945).

Auch der CDU-Abgeordnete Dr. Klose beschäftigt sich mit dem Entweichen

von Gefangenen aus dem Strafvollzug. „Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu treffen, um im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung und zur Erfüllung des Strafvollzugs künftig das Ausbrechen von Gefangenen aus dem Strafvollzug zu unterbinden?“ (Drs. 946).

Die CDU-Abgeordneten Dr. Klose und Dr. Pohl fragen die Landesregierung, ob sie bereit sei, im Bundesrat eine

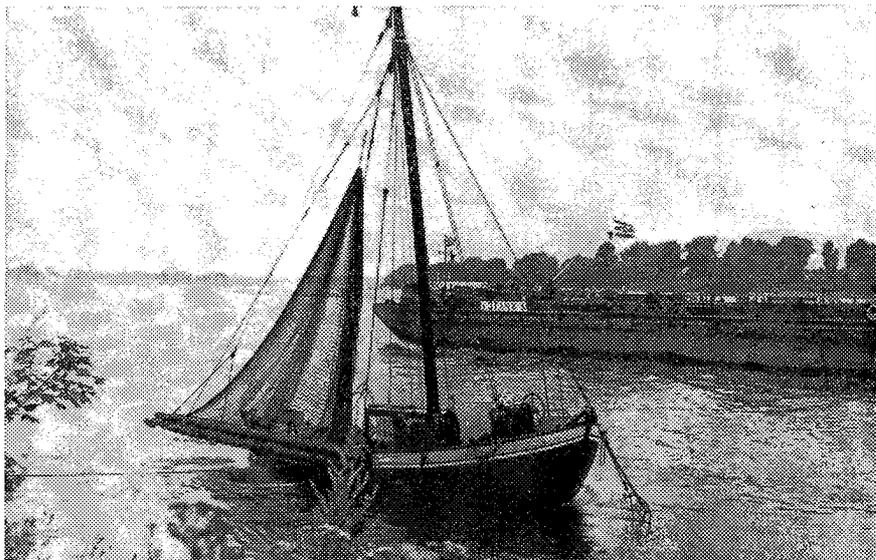
Initiative einzubringen oder Initiativen anderer Länder mit dem Ziel der Novellierung der Strafprozeßordnung dahingehend zu unterstützen, daß kriminelle Serientäter, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt worden sind, in Untersuchungshaft genommen werden können, wenn sich gegen sie erneut ein dringender Tatverdacht richtet und Wiederholungsgefahr besteht? (Drs. 985).

Arsenschlamm vorgesehen habe (Drs. 990).

Mit der **Lebensmittelüberwachung** durch lebensmittelhygienische Untersuchungen setzen sich die SPD-Abgeordneten Dr. Engelhardt und Else Warnke in einer Anfrage auseinander. Untersuchungen zeigten, daß in grünen Heringen aus deutschen Fischereihäfen zu über 50 Prozent lebende Fadenwürmer vorhanden sind. Die Abgeordneten begehren Aufklärung darüber, was die Landesregierung getan hat oder zu tun beabsichtigt, um die Verbraucher vor dem Verkauf der von Fadenwürmern befallenen Fische zu schützen (Drs. 922).

„Welche Gründe haben die Landesregierung bewogen, die für den **Fremdenverkehr** bedeutende Stadt Nideggen in ihrer zentralörtlichen Bedeutung herabzusetzen, obwohl der Wachstumsindex von 153,4 (1950 = 100) erheblich über dem Durchschnitt vergleichbarer Gemeinden dieses Raumes liegt?“, heißt es in der Anfrage des SPD-Abgeordneten Heinrichs (Drs. 923).

Zum **Stadionneubau in Köln** richten die CDU-Abgeordneten Dr. Pohl und Soénius eine Kleine Anfrage



Nur wenige Fischerei-Fahrzeuge sind heutzutage noch auf dem Rhein eingesetzt. Die Verschmutzung des Stroms macht den Berufsfischern schwere Sorgen. Foto: Tüsselmann

an die Landesregierung, nachdem der Innenminister den 20-Millionen-DM-Nachtragshaushalt der Stadt Köln hatte beanstanden lassen. Der Nachtrag enthält eine erste Rate für den Stadionneubau. „Welche haushaltsmäßigen oder sportpolitischen Gesichtspunkte waren der Anlaß für die Anordnung der

Beanstandung?“ und „Bleibt der Anteil Kölns aus den 10-Millionen-DM-Stadionmitteln des Landes wie 1971 weiter zugunsten der Stadt verfügbar?“, fragen die beiden Abgeordneten (Drs. 987).

### Minister antworten

Die Industrie Nordrhein-Westfalens bringt jährlich rd. 22 000 DM für den Fischbesatz im Rhein auf. Nach dem großen **Fischsterben im Rhein** (1969) hat die Landesregierung zugunsten der Rheinfischerei auf den Pachtzins für die Jahre 1969 und 1970 verzichtet und außerdem eine Überbrückungsbeihilfe an alle noch tätigen Berufsfischer in Höhe von

insgesamt 150 000 DM gezahlt. Außerdem wurden Sondermaßnahmen zum Fischbesatz mit einem Kostenaufwand von 131 400 DM durchgeführt. Diese Zahlen stehen in einer Antwort des Ministers für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft. Diese Antwort lag eine Anfrage der CDU-Abgeordneten Mertens und Dr. Hüsch zugrunde, die sich mit den finanziellen Leistungen zum Ausgleich für die Verunreinigung des Rheins durch die Industrie befaßt (Drs. 867).

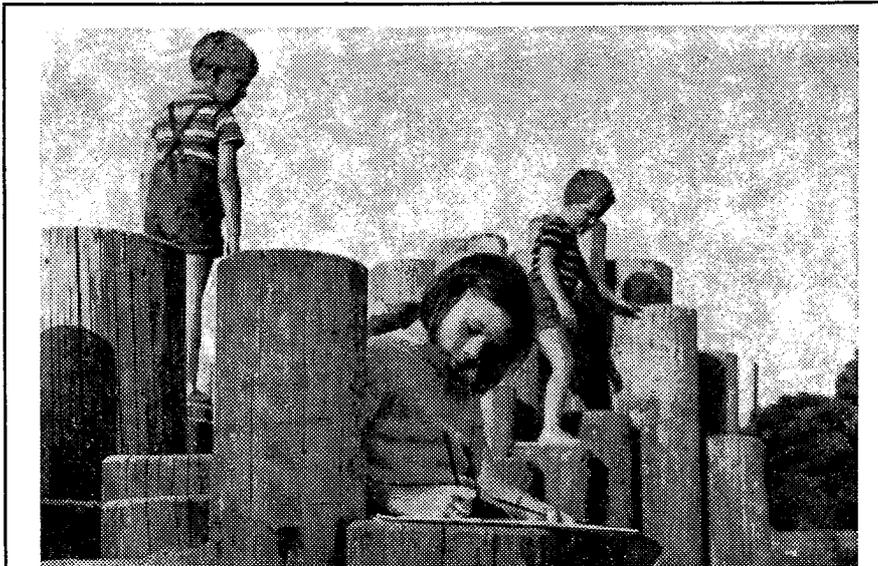
### Preise für die besten Schülerzeitungen in NRW

„Die Landesregierung ist Stifterin der Preise für die besten Schülerzeitungen des Landes Nordrhein-Westfalen“, heißt es in einer Antwort des Kultusministers auf eine Kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Helbig. Wie der Minister erläutert, wurden die Preisträger aber nicht von der Landesregierung, sondern von einer unabhängigen Jury ermittelt, die aus dem Vorsitzenden der Landesjugendpresse, einem Schülerverbindungslehrer und 6 Journalisten bestand. Das Kultusministerium und das Landespresse- und Informationsamt werden in Gesprächen mit der Landesjugendpresse die Frage klären, ob es noch zeitgemäß ist, einen Wettbewerb um die beste Schülerzeitung in Nordrhein-Westfalen durchzuführen (Drs. 887).

### „Das Unglück hätte verhindert werden können“

Das schwere Eisenbahnunglück bei Dahlerau am 27. Mai, das 45 Tote und viele Schwerverletzte forderte, „hätte bei automatischer Streckenblockeinrichtung und Ausfahrtsignalen voraussichtlich verhindert werden können“, gab der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr auf eine Anfrage der SPD-Abgeord-

neten Prof. Dr. Lauber, Dr. Nehrling und Janssen bekannt. Der Minister betont, daß auch bei „Vorhandensein von Zugfunk“ das Unglück wahrscheinlich wegen der besseren Informationsmöglichkeit des Lokführers nicht eingetreten wäre (Drs. 898).



*Kleines Glück auf dem Kinderspielplatz! Aber in dichtbesiedelten Ballungsräumen suchen die Kleinen oft vergebens nach Plätzen zu fröhlichem Spiel. Foto: Tüsselmann*

### Zum Bau von Kleinkinder-Spielplätzen verpflichtet

Die Bauherren von Mehrfamilienhäusern sind nach der Berliner Landesbauordnung verpflichtet, außer Kleinkinderspielplätzen auch Spielplätze für größere Kinder zu schaffen. Weil in Nordrhein-Westfalen nur eine gesetzliche Verpflichtung zur Anlage von Kleinkinderspielplätzen besteht, fragten die SPD-Abgeordneten Sinnecker, Hellwig, Frohne, Winkels, Meyer zur Heide, Pohle und Anke Brunn, wie die Landesregierung die Berliner Regelung beurteile und ob sie bereit sei, die Landesbauordnung (§ 10) entsprechend zu überprüfen. In seiner Antwort betont der Innenminister, die Auswirkung der Berliner Regelung könne zur Zeit noch nicht beurteilt werden. Die Verpflichtung zur Schaffung von Spielplätzen solle sich nur auf die Anlage von Plätzen für Kleinkinder beziehen (**Drs. 960**).

Zum **Fischsterben in der Sieg** nimmt der Minister für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft aufgrund einer Anfrage des FDP-Abgeordneten Heinz Stellung. „Der Verdacht, daß das Fischsterben durch die unerlaubte Einleitung stark sauerstoffzehrender Stoffe durch einen holzverarbeitenden Betrieb in Rheinland-Pfalz zur Verschmutzung der Sieg und damit zum Fischsterben geführt habe, ist nach wie vor begründet.“ Weiter heißt es in der Antwort: „Gegen die Verschmutzung sind strafrecht-

liche, zivilrechtliche und wasseraufsichtsbehördliche Maßnahmen möglich“ (**Drs. 966**).

Die Zahl der **Einbruchdiebstähle in Apotheken** ist von zwei Fällen im Jahre 1965 auf 227 Fälle im ersten Halbjahr 1971 gestiegen, wie aus der Antwort des Innenministers auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dr. Hüsch hervorgeht. Der Minister ergänzt, daß die Kreispolizeibehörden angewiesen sind, dieser Entwicklung durch geeignete Maßnahmen zu begegnen (**Drs. 938**).

### Erster Fünfjahresplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen

Richtschnur für den Neubau, die Erweiterung und die grundlegende Verbesserung der Bundesfernstraßen ist ab 1971 das „Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1961 bis 1985“ mit seinem Bedarfsplan. Der Bedarfsplan wurde unter Beteiligung der Wissenschaft in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundes- und Landesressorts aufgestellt. Das Ausbaugesetz sieht in den Jahren 1971 bis 1985 die Aufstellung von drei Fünfjahresplänen vor, die an die Stelle der früheren Vierjahrespläne des ersten Ausbauplans von 1959 bis 1970 treten. Der erste

Fünfjahresplan ist soeben vom Bundesminister für Verkehr vorgelegt worden (**Vorlage 345**).

**Tiefflugstrecken für Düsenmaschinen** der Bundeswehr werden in langwierigen Verhandlungen mit dem Bundesverteidigungsministerium festgelegt. Die Übungsgebiete wurden bereits in wenig besiedeltes Gebiet gelegt. Diese Antwort erteilte der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr dem CDU-Abgeordneten Hans-Georg Weiss, auf dessen Anfrage wegen der Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs durch Luftwaffenflugzeuge (**Drs. 881**).

### Bestimmung der Fachbereiche an Fachhochschulen

Eine Übersicht der Fachbereichsgliederung an den Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen hat der Minister für Wissenschaft und Forschung vorgelegt. Der Minister weist darauf hin, daß diese Fachbereichsgliederung ein Versuch ist. Ob die Gliederung beibehalten wird, hängt davon ab, ob die Grundlagenfachbereiche die nach dem Fachhochschulgesetz gestellten Aufgaben erfolgreich wahrnehmen können (**Vorlage 350**).

### Übungsleiter in Schulen

Mangel an fachlich ausgebildeten Lehrern besteht auch im Bereich des Sports. Dies gilt für alle Schulformen. Durch mehrere Runderlasse ist geregelt, daß Sportlehrer, die nicht für die Schule ausgebildet worden sind, als Hilfskräfte im Angestelltenverhältnis in der Schule beschäftigt werden können. Diese Mitteilung gab der Kultusminister dem Kulturausschuß des Landtags bekannt (**Vorlage 349**).

### Zwei Millionen Gastarbeiter

Nach einer Zuschrift des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes hat die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik die Zwei-Millionengrenze überschritten. Davon entfallen allein auf Nordrhein-Westfalen mehr als 600 000 Personen. Die Arbeitsleistung dieser Menschen bildet eine wichtige Grundlage für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Dennoch ist die Lage der ausländischen Arbeitnehmer vielfach noch unbefriedigend. Zur „Koordination ausländischer Arbeitnehmer in den Gemeinden“ hat der Städte- und Gemeindebund ein fünf Punkte umfassendes Programm entworfen (**Zuschrift 474**).

### Für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer

Das Modell einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien legt die „Aktion Kritische Jugend Herten“ in Herten als Ergänzung zu ihrem jüngst publizierten Situationsbericht über die ausländischen Arbeitnehmer vor. Mit ihrem Modell will die „Aktion Kritische Jugend“ die Forderung nach einer Arbeitsgemeinschaft aller am „Unternehmen Gastarbeiter“ auf kommunaler Ebene konkretisieren und damit die Grundlage für deren Funktionsfähigkeit schaffen (**Zuschr. 367**).

## Folge der Gebietsreform:

### Neueinteilung der Bundestags-Wahlkreise?

Die kommunale Gebietsreform wirkt sich auch auf die Grenzen der 248 Bundestags-Wahlkreise aus. Deshalb hat die ständige Wahlkreis-Kommission den Bundesinnenminister in ihrem Bericht vorgeschlagen, 97 Wahlkreise neu einzuteilen. Berücksichtigt wurden jedoch bei der vorgeschlagenen Änderung der Wahlkreis-Einteilung nur die bis zum 1. Oktober 1968 gesetzlich vollzogenen kommunalen Grenzänderungen. Die Folgen sind: Gemeinde- und Landkreisgrenzen werden von den Wahlkreisgrenzen durchschnitten und durch die Namensänderungen von Kreisen und Gemeinden treffen jetzt die Bezeichnungen vieler Wahlkreise nicht mehr zu, so daß nach Auffassung der Wahlkreis-Kommission die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der nächsten Bundestagswahl 1973 gefährdet sei.

#### 27 Wahlkreise in NRW betroffen

Nach den Unterlagen, die der Kommission während ihrer Beratungen zur Verfügung standen, hatten die Gebietsstandsveränderungen der Gemeinden seit Oktober 1968 in 27 Wahlkreisen Nordrhein-Westfalens Durchschneidungen von Gemeindegrenzen zur Folge. In Rheinland-Pfalz waren es 10 Wahlkreise, in Baden-Württemberg 8, in Schleswig-Holstein 7, in Bayern 4 und in Hessen 3. Da noch weitere umfangreiche kommunale Grenzänderungen zu erwarten sind, will die Wahlkreis-Kommission unter dem Vorsitz des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Schmidt, — auch der nordrhein-westfälische Staatssekretär a. D. Dr. Rietdorf gehört ihr an — deren Auswirkungen beobachten und der Bundesregierung bis Mitte des nächsten Jahres einen neuen Bericht vorlegen, damit auf Grund der veränderten Situation noch die gesetzgeberischen Konsequenzen für die Bundestagswahl 1973 gezogen werden können.

#### Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Abgesehen davon, daß jeder Wahlkreis nach dem Bundeswahlgesetz ein zusammenhängendes Ganzes bilden muß, Ländergrenzen nicht durchschnitten werden dürfen, Stadt- und Landkreisgrenzen nach Möglichkeit den Wahlkreisgrenzen entsprechen sollen, führt die Wahlkreis-Kommission als zweiten Grund für eine Neueinteilung der Bundestagswahlkreise die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung an. Schon jetzt weichen von den insgesamt 248 Wahlkreisen des Bundesgebiets 5 um

mehr als die zugelassenen  $33\frac{1}{3}$  Prozent von der Durchschnittsgröße ab, davon vier nach oben und einer nach unten. (Die Ergebnisse der Volkszählung vom 27. 5. 1970 konnten noch nicht verwertet werden). In Nordrhein-Westfalen ist das der Wahlkreis 105 Detmold-Lippe mit + 34,9 Prozent.

In 14 weiteren Wahlkreisen liegt die Abweichung vom Bundesdurchschnitt zwischen 25 Prozent und  $33\frac{1}{3}$  Prozent nach oben oder unten. So ergibt sich aus der Übersicht der Wahlkreis-Kommission, daß in Nordrhein-Westfalen außer Detmold-Lippe noch folgende Wahlkreise nach oben abweichen:

Wahlkreis 55	Geilenkirchen-Heinsberg	+ 31,5 Prozent
Wahlkreis 109	Lüdinghausen	+ 29,7 Prozent
Wahlkreis 108	Minden	+ 26,1 Prozent
Wahlkreis 82	Moers	+ 23,7 Prozent
Wahlkreis 96	Steinfurt-Coesfeld	+ 21,7 Prozent
Wahlkreis 125	Siegen-Wittgenstein	+ 21,3 Prozent

Bei den Wahlkreisen mit großen Abweichungen vom Bundesdurchschnitt nach unten handelt es sich ausschließlich um großstädtische Wahlkreise. Als Grund führt die Wahlkreis-Kommission an, daß in den letzten Jahren viele Einwohner aus den meisten Großstädten in das Umland verzogen sind. In Nordrhein-Westfalen werden folgende Wahlkreise mit einer Abweichung von 20 und mehr Prozent vom Bundesdurchschnitt nach unten genannt:

Wahlkreis 104	Bielefeld-Stadt	– 29,2 Prozent
Wahlkreis 71	Solingen	– 28,6 Prozent
Wahlkreis 53	Aachen-Stadt	– 26,7 Prozent
Wahlkreis 98	Gelsenkirchen II	– 26,6 Prozent
Wahlkreis 97	Gelsenkirchen I	– 26,3 Prozent
Wahlkreis 110	Wanne-Eickel-Wattenscheid	– 23,6 Prozent
Wahlkreis 60	Köln II	– 22,8 Prozent
Wahlkreis 72	Düsseldorf-Mettmann I	– 22,1 Prozent
Wahlkreis 111	Herne-Castrop-Rauxel	– 21,3 Prozent

Wegen der großen Abweichung der Einwohnerzahlen in Gelsenkirchen schlägt die Wahlkreis-Kommission vor, die Zahl der Wahlkreise im Land Nordrhein-Westfalen um einen von 73 auf 72 zu vermindern und dafür im Land Hessen die Wahlkreise um einen von 22 auf 23 zu erhöhen. Nur 47 Wahlkreise in unserem Land blieben bei der empfohlenen Wahlkreisneueinteilung der Kommission in ihrem Bestand ganz oder nahezu unverändert.

W. E.

## Landespolitik in Funk und Fernsehen

Parlaments- und landespolitische Themen werden bevorzugt in folgenden Hörfunk- und Fernsehsendungen berücksichtigt:

#### HÖRFUNK

##### 1. Programm — täglich:

11.25 bis 12.00 Uhr Westfalenecho

##### 2. Programm, UKW — täglich:

6.00 bis 8.30 Uhr Morgenmagazin

13.00 bis 15.30 Uhr Mittagmagazin

17.20 bis 17.30 Uhr Nachrichten aus NRW

17.30 bis 18.25 Uhr Zwischen Rhein und Weser

18.25 bis 18.30 Uhr Kommentar zur Landespolitik

Dreimal im Monat:

freitags: 16.15 bis 16.30 Uhr Aus Land und Gemeinden

samstags: 12.00 bis 12.30 Uhr Die halbe Stunde der Landesredaktion

#### FERNSEHEN 1. Programm

montags bis freitags: 18.40 bis 19.20 Uhr Hier und Heute

samstags:

19.00 bis 19.35 Uhr Hier und Heute

#### 3. Programm — täglich:

19.30 bis 20.00 Uhr Hierzulande — Heutzutage

19.20 bis 20.00 Uhr freitags: Landesforum

3. 9. 1971: 1. Bonn bestimmt in der Landespolitik

2. Eindrücke einer Ostasienreise

3. Land will Gastarbeitern helfen

#### 2. Programm — samstags:

17.15 bis 17.45 Uhr Länderspiegel

## Zur Person

Auf der Geburtstagsliste nach den Parlamentsferien stehen in der kommenden Woche nur drei Abgeordnete. Am 6. September wird **Dr. Horst Knöpke** (SPD) 64 Jahre alt. Sein 55. Lebensjahr vollendet am 10. September **Albert Brinkmann** (CDU) und seinen 51. Geburtstag begeht **Rudi Bahr** (SPD) am 11. September.

✱

**Dr. Herbert Monjau**, ehemaliger Präsident des nordrhein-westfälischen Landesarbeitsgerichts, wurde am 13. August 70 Jahre alt. Er gehört zu den bekanntesten Arbeitsrechtlern Deutschlands. Noch heute ist er Präsident des deutschen Arbeitsgerichtsverbandes.



*Paul Arnold Nelles (48), bisher als Ministerialdirigent Leiter der Abteilung für Volkswohlfahrt und Jugend und Familie tätig, wurde von Minister Figgen als neuer Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales noch kurz vor der parlamentarischen Sommerpause eingeführt. Foto: Stelze*

✱

**Dr. Heinz Nehrling**, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, erwarb in den Parlamentsferien das Goldene Sportabzeichen. In etwas mehr als einer Stunde absolvierte er alle dafür vorgeschriebenen Übungen.

✱

Abgeordneter **Dr. Egbert Möcklinghoff** (CDU) wurde für weitere 12 Jahre zum Oberkreisdirektor des Kreises Lüding-

hausen wiedergewählt. Das Kabinett hat seine Wiederwahl bestätigt.

Ebenfalls wurde von der Landesregierung die Wahl des Kreisdirektors **Hans-Martin Kahler** zum Oberkreisdirektor des Kreises Bielefeld bestätigt.

✱

Abgeordneter **Dr. Michael Hereth** (SPD) folgte während der Parlamentsferien einer Einladung der Vereinigung amerikanischer Wissenschaftsorganisationen, die ein von der Ford-Foundation finanziertes Forschungsprogramm durchführt. Dr. Hereth erhofft sich von diesem Programm, das sich mit der Untersuchung der Probleme der Zentralisation und Expansion der Großstädte und der damit verbundenen Zerstörung der städtischen Selbstverwaltung beschäftigt, auch Anregungen, die für Fragen der Neuordnung des Ruhrgebiets von Nutzen sein könnten.

✱

**Walter Mitzke**, Sachverständiger im NRW-Innenministerium für Kampfmittelräumung, wurde der Stern zum Großen Bundesverdienstkreuz für seine aufopferungsvolle Tätigkeit (die gefährlichsten Aufgaben erfüllte er in vielen Fällen selbst) verliehen.

Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz wurden ausgezeichnet: **Dr. Norbert Thielen**, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium, General a. D. **Siegfried Westphal**, **Dr. Hans Evertsbusch**, Präsident der Oberfinanzdirektion Münster, **Prof. Dr.-Ing. Paul August Koch**, ehemaliger Leiter der Ingenieurschule für Textilwesen in Krefeld, **Dr.-Ing. Karl Mienes**, freiberuflicher Forscher und Fachmann auf dem Gebiet der Kunststoffchemie, Ministerialdirigent **Dr. Reinhard Beine**, Ministerialdirigent **Dr. Bernhard Arkenau**, Dipl.-Ing. **Walther Kellermann**, ehemals Vorsitzender des Vorstandes des Wasserwerks für das nördliche westfälische Kohlenrevier Gelsenkirchen, **Gerhard Herber**, Präsident des Deutschen Siedlerbundes und Vorsitzender der Geschäftsführung der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten.

Das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse erhielten **Prof. Johannes Driessler**, einer der profiliertesten deutschen Komponisten an der nordwestdeutschen Musikakademie in Detmold und Oberkonsistorialrat a. D. **Johannes Anz** aus Odesheim/Münstereifel sowie Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. **Helmut Kranefuß**.

## Wer schreibt für wen?

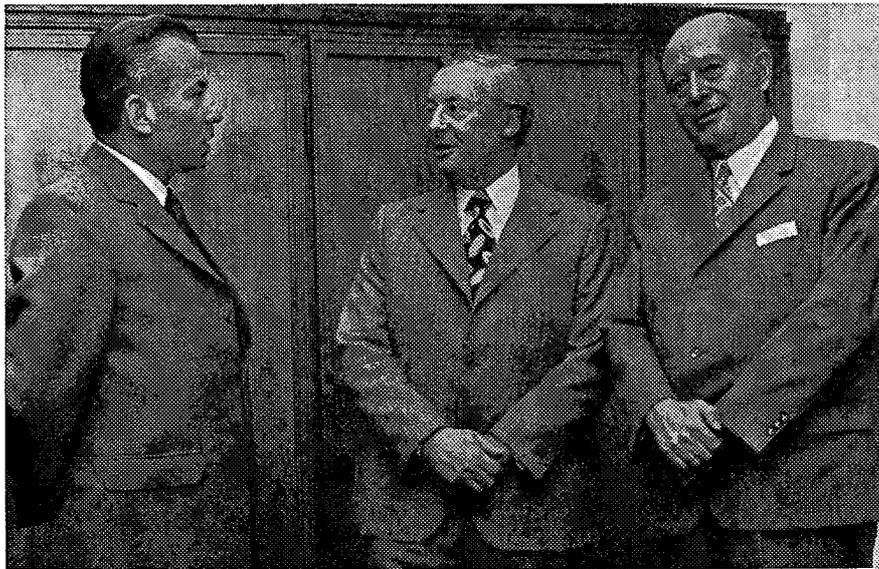


**Paul Spiegel**, geboren in der Silvesternacht des Jahres 1937 in der westfälischen Pferdestadt Warendorf, verheiratet und stolzer Vater einer vierjährigen Tochter. 1939 Emigration nach Belgien, Rückkehr nach Warendorf im Herbst 1945. 1958 zog es ihn nach Düsseldorf, wo er erst Volontär und dann Redakteur bei der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ war. Seit 1965 Redakteur beim „Jüdischen Presse Dienst“, dem Informationsdienst des Zentralrats der Juden in Deutschland. In freier Mitarbeit schreibt er u. a. für die „Siegener Zeitung“ und „Westfälischen Nachrichten“. Hobbies: Familie, Fotografieren und Filmen sowie Schallplatten-sammlung.

**Otto Benesch**, Präsident des Landesrechnungshofes, zuvor Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, wurde vom Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (VdK) für seine großen Verdienste um die Fortentwicklung des Kriegsofferrechts die vor kurzem gestiftete Ehrenplakette verliehen.

*Landtagsabgeordneter Walter Kühlthau (CDU) — links im Bild —, stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Innere Verwaltung, erhielt am 18. August aus der Hand des Landtagspräsidenten Dr. Wilhelm Lenz das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Große Bundesverdienstkreuz. „Mit der Ordensverleihung finden“, wie der Landtagspräsident hervorhob, „Wirken und Leistung des Abgeordneten Kühlthau für das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren seit dem Ende des letzten Krieges die gebührende Anerkennung.“ Walter Kühlthau wurde erstmals 1950 in den Landtag Nordrhein-Westfalen gewählt. Nach seiner Wahl in den Deutschen Bundestag 1953, dem er bis 1961 angehörte, gab er seine Mitgliedschaft im Landesparlament mit Ablauf der 2. Wahlperiode 1954 auf. Seit 1966 ist Walter Kühlthau wieder Abgeordneter des Landtags. Er gilt als einer der fachlich versiertesten Parlamentsmitglieder. Zwei Tage vor der Ordensverleihung konnte MdL Walter Kühlthau seinen 65. Geburtstag feiern. Die CDU-Fraktion gab ihm zu Ehren einen Empfang. Foto: von Tippelskirch*





Noch vor Ende der parlamentarischen Sommerpause stellten sich im Düsseldorfer Landtagsgebäude am Schwanenspiegel die ersten Besucher ein. Am 23. August statteten der neue Vorsitzende und der Hauptgeschäftsführer des nordrhein-westfälischen Handelsvertreterverbandes, Hans Gluch und Rolf Lück, Landtagspräsident Dr. Lenz einen offiziellen Besuch ab (Bild links). Mittelstandsfragen waren Mittelpunkt des Gesprächs.

Am 1. September war eine israelische Jugendleiterdelegation Gast des nordrhein-westfälischen Landesparlaments. Die israelischen Gäste, die zur Zeit ein dreiwöchiges Studienseminar in der Bundesrepublik absolvieren, wurden von Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz begrüßt (Bild unten) und ließen sich von Abgeordneten über politische, wirtschaftliche und soziale Probleme informieren.

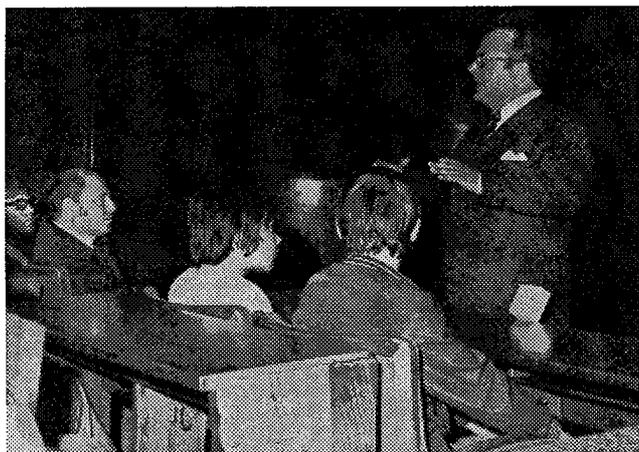
Am 2. September informierten sich 74 Hauptschüler aus Dortmund-Eichlinghofen und Hagen-Boele über die parlamentarische Arbeit im Düsseldorfer Landtagsgebäude.

„Landtag Nordrhein-Westfalen“ heißt eine bunt illustrierte Broschüre, die über Entstehung, Aufbau und Arbeitsweise unseres Parlaments informiert und deren 5. Auflage jetzt erschienen ist. „Mit diesem Heft soll der Versuch unternommen werden“, hebt Landtagspräsident Dr. Lenz in seinem Geleitwort hervor, „das Wissen um die Geschichte und die Arbeitsweise des Landtags von Nordrhein-Westfalen sowie um die Auswirkungen der Landtagsarbeit wachzuhalten und zu vertiefen.“ Zugleich stellt es eine wertvolle Stütze für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Schulen dar, denn jährlich besuchen Zehntausende junger Bürger das Landesparlament. „Das ist eine erfreuliche Bekundung des Interesses an den demokratischen Einrichtungen unseres Staates“ schreibt Dr. Lenz. Wie auch bei den bisherigen Auflagen, stammt die Idee von Landtagspressechef Josef Lehrmann, in dessen Händen auch die Redaktion lag. In kurz gehaltener Form schildert er anschaulich u. a. Anfang und Werden des Landtags Nordrhein-West-



falen, den Organismus des Parlaments, seine Arbeitsweise, die Zusammensetzung der Ausschüsse, wie ein Gesetz entsteht und das Wahlrecht. Auch an

Fotos: von Tippelskirch  
ausländische Besucher ist gedacht. Für sie gibt es einen französischen und englischen Textteil.



Alle Abschlußklassen der Haupt-, Real- und Höheren Schulen sowie der berufsbildenden Schulen seines Wahlkreises Rheydt zum Besuch in den Düsseldorfer Landtag einzuladen, hat sich Abgeordneter Bernhard Spellerberg (CDU), der nebenberuflich Referent für Gesellschaftspolitik und Zeitgeschichte in der schulischen und Erwachsenenbildung ist, zur Aufgabe gemacht (Bild links). „Dieser Besuch ist als ‚Einstieg‘ in die Politik für den Jungwähler von morgen gedacht. Wenn man mit 18 Jahren wahlberechtigt ist, dann muß man auch Zugang zur Politik gehabt haben“, sagt MdL Spellerberg. „Die jeweilige Besuchergruppe fasse ich dann an einem Wochenende zu einem ganztägigen Seminar zusammen, um mit einem zeitgeschichtlichen Thema einen tatsächlichen Akt der ‚Hinführung‘ in die praktische Politik zu verwirklichen. Größten Wert lege ich darauf, die angeschnittenen Themen parteipolitisch neutral und nur an den Fakten orientiert darzubieten. Die gut besuchten Seminare bestätigen mir, daß diese von mir geübte Praxis ankommt und gefragt ist.“

Foto: Tüßelmann

*Dr. EGBERT MÖCKLINGHOFF (CDU) erinnerte Ministerpräsident HEINZ KÜHN (SPD) während der Debatte über das Aachen-Gesetz an das alte rheinische Sprichwort: „Warum dem Jecken eine doppelte Freude machen – erst versprechen und dann auch noch halten!“*

✱

*ERNST WILCZOK (SPD) bei der 1. Lesung zum Entwurf des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraums Aachen: „Herr Innenminister, Sie sind der Architekt eines solchen Gesetzes. Sie haben den Entwurf zu liefern. Wir, die Abgeordneten, sind die Bauleute. Es gehört zur guten Übung, daß ein alter Polier auch einem Architekten von Fall zu Fall einen Rat geben kann, der beachtet wird.“*

✱

*Ministerpräsident HEINZ KÜHN im Plenum zu den Abgeordneten der Opposition: „Ich kann Sie menschlich nicht überfordern und Ihnen Lobsprüche für die Regierung abverlangen. Es wäre in der Tat verfehlt, von einem Apfelbaum Kirschen zu erwarten. Von Ihnen erwarte ich höchstens Äpfel vom Pferd in dieser Diskussion für die Arbeit der Regierung.“ Dr. FRITZ KASSMANN (SPD) ergänzte: „Die Äpfel von dem Trojanischen Pferd, das Sie uns hier anbringen, sind genau so trocken wie das Trojanische Pferd vieler Ihrer Vorstellungen hölzern ist.“*

✱

*HERBERT NEU (FDP) zur Gebietsreform: „Wer kann denn schon alle Abgeordneten zufriedenstellen? Das kann höchstens Frau Janssen aus der Kantine, aber sonst doch niemand.“*

✱

*Dr. MICHAEL HERETH (SPD) stellte mit den Worten „Bedienen Sie sich!“ eine Blumen-Gießkanne neben das Rednerpult, als der CDU-Abgeordnete Dr. HORST WAFFENSCHMIDT vor dem Plenum dafür plädierte, „daß das vorhandene Geld nach einem Prinzip der Stadt- und Gemeindeentwicklung mit Schwerpunkten eingesetzt wird“. (Danach vermerkt das offizielle Plenarprotokoll wörtlich: „Diese Gießkanne wurde kurze Zeit darauf von einem CDU-Abgeordneten an den Innenminister weitergegeben.“)*

✱

*HEINRICH KÖPPLER (CDU) während eines Empfangs aus Anlaß der Vollendung des 65. Lebensjahres von Walter Kühlthau (CDU): „Er ist das gute Gewissen solider Sacharbeit.“*

✱

*WILHELM MAAS (fraktionslos) war erzürnt über die Ansichten zur Berufsbildung der SPD und FDP: „Sie können doch einem Lehrling nicht sagen, er müßte Spinnradbauer werden, wo wir doch gar keine Spinnräder mehr brauchen; es sei denn, es würde so weiterregiert wie von der jetzigen Regierung.“*

✱

*WERNER FIGGEN (SPD), NRW-Arbeitsminister, zur Unfallverhütung: „Eine ungenügend gesicherte Brotschneidemaschine eignet sich vorzüglich dazu, Finger zu schneiden. Eine Haushaltsleiter kann ein Sprungbrett in den Gipsverband sein.“*

✱

*FRIEDHELM SIMELKA (SPD) zu einem Zwischenruf aus den Reihen der CDU-Fraktion („Was tut denn die Regierung?“): Die Regierung ist ständig anwesend, und der Geist der Regierung schwebt über der Koalition.“*